



Antrag

der Fraktion der SPD

Europäische Gesundheitspolitik stärken - EU-Bürgerinnen und Bürger besser vor grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren schützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Corona-Pandemie stellt die Länder der Europäischen Union vor große Herausforderungen. Dabei zeigt sich deutlich, dass die EU nicht über ausreichend starke Instrumente verfügt, um eine solche Gesundheitskrise zu bewältigen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich während der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft und auch darüber hinaus auf Bundesebene und auf europäischer Ebene besonders für die Stärkung und nachhaltige Ausrichtung der EU-Gesundheitspolitik einzusetzen.

Insbesondere sollen begleitende Förderprogramme die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie nutzen und Schwerpunkte bilden, die sich an die Beschlüsse des EU-Parlaments anlehnen:

1. Erarbeitung einer europäischen Strategie zur gesundheitlichen Daseinsvorsorge, Qualitätssicherung und Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln, Medizinprodukten und Schutzausrüstung auch über das Thema COVID-19 hinaus, dabei sind nationalstaatliche Egoismen zurückzudrängen und europäische Solidarität in der Gesundheitsversorgung verantwortlich zu organisieren;
2. Vorschläge für eine wirksamere Nutzung und den systematischeren Einsatz der gemeinsamen Vergabeverfahren, um bei grenzüberschreitenden Gesundheitsrisiken schneller handeln zu können;

3. Initiierung, Verstärkung, Verbesserung und Vernetzung der Forschung in Hochschulen und europäischen Forschungseinrichtungen im Gesundheitsbereich;
4. Festlegung von Mindeststandards für eine hochwertige Gesundheitsversorgung mit einer angemessenen Finanzierung durch die EU-Staaten;
5. Schaffung eines europäischen Gesundheitsreaktionsmechanismus, mit einer entsprechenden Dienststelle und einer neuen Verordnung über grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren, um auf alle Arten von Gesundheitskrisen durch eine bessere Koordinierung vorbereitet zu sein;
6. Steigerung der Produktion wesentlicher pharmazeutischer Wirkstoffe und Arzneimittel in Europa und Diversifizierung der Lieferketten, damit die Versorgung und ein erschwinglicher Zugang zu jeder Zeit gewährleistet sind;
7. Erstellung eines harmonisierenden Aktionsplans für Arbeitskräfte im Gesundheitswesen in der EU, der allen Mitgliedstaaten zugute kommt.

Zur Umsetzung müssen die EU-Förderprogramme, insbesondere das neue Gesundheitsprogramm „EU4Health“ mit deutlich mehr Mitteln ausgestattet werden, als bisher vom Europäischen Rat beschlossen. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass sie sich im Rat für eine stärkere finanzielle Ausstattung der EU-Gesundheitspolitik ausspricht und die Beschlüsse des Europäischen Parlaments zur Gesundheitsunion mehr Gewicht bekommen.

Begründung:

Die Europäische Kommission hatte als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie die Einrichtung eines neuen EU-Förderprogramms „EU4Health“ vorgeschlagen, das sie mit 9,4 Mrd. Euro ausstatten wollte. Bisher hat der Rat jedoch nur die vorgeschlagenen 1,7 Mrd. Euro im Mehrjährigen Finanzrahmen beschlossen. Der von der Kommission vorgeschlagene verbleibende Anteil von 7,7 Mrd. Euro aus dem Aufbaufonds ist vom Rat ersatzlos gestrichen worden. Die Gesundheit der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger sollte jederzeit ein hohes Gut sein. Die veranschlagten Gelder aber gerade zur Zeit einer globalen Pandemie um mehr als 80% zu kürzen, ist Ausdruck kurzfristiger Planung. Die Staats- und Regierungschefs des Europäischen Rats müssen hier dringend nachsteuern.

Das Europäische Parlament hat parallel dazu die Schaffung einer Gesundheitsunion gefordert. Die wesentlichen inhaltlichen Forderungen des Europäischen Parlamentes sind in diesem Antrag dargestellt. Sie erfordern weitere Mittel, die über das neue Gesundheitsprogramm und zusätzlich über andere bestehende Förderprogramme zur Verfügung gestellt werden sollten.

Diese müssen ausreichend ausgestattet werden. Bei der Umsetzung der vorgeschlagenen Initiativen auf EU-Ebene sollen die nationalen Kompetenzen im Bereich der Gesundheitspolitik unberührt bleiben.

Bernd Heinemann

Regina Poersch

und Fraktion